



# HESSISCHER LANDTAG

01. 03. 2011

Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen

## **Dringlicher Antrag**

**Der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz,  
Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion**

**betreffend Kompromiss bringt Fortschritt beim Bildungspaket,  
beim Mindestlohn und in der Grundsicherung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass der SPD-Vorschlag angenommen wurde und somit neben den 1,7 Mio. Kindern in der Grundsicherung auch ca. 500.000 Kinder von Geringverdienenden Anspruch auf das Bildungspaket haben.
2. Der Landtag unterstützt die Entscheidung, das Bildungspaket in Verantwortung der Kommunen umzusetzen. Der Vorschlag der schwarz-gelben Bundesregierung, damit die Jobcenter zu beauftragen, hätte zu einem irrsinnigen bürokratischen Aufwand geführt und die Arbeitsverwaltung mit sachfremden Aufgaben überfordert.
3. Der Landtag befürwortet, dass die Kosten für das gemeinsame Mittagessen für Kinder aus Familien in der Grundsicherung und von Geringverdienenden nicht nur in Kindertagesstätten und Schulen, sondern auch in Horten übernommen werden. Der von Bundesministerin von der Leyen (CDU) vorgesehene Ausschluss von Horten wurde zu Recht von der SPD verhindert.
4. Der Landtag stellt fest, dass mit der Finanzierung des warmen Mittagessens, durch das Bildungspaket und den Einsatz von 3.000 Schulsozialarbeitern erste Schritte für eine verbesserte Infrastruktur an den Bildungseinrichtungen gemacht wurden. Diesem müssen unter gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen weitere folgen, damit allen Kindern unabhängig vom Geldbeutel der Eltern alle Bildungswege offen stehen. Notwendig ist ein zügiger Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagskindertagesstätten.
5. Der Landtag hält es für erforderlich, die Übernahme von Fahrtkosten für Schülerinnen und Schüler aus Familien mit geringen Einkommen durch Landesregelung nachzubessern. Durch die Regelung in Sozialgesetzbuch II § 28 wird es zukünftig zwar für Kinder aus Familien im Grundsicherungsbezug eine Kostenersatzung zur nächstgelegenen Schule geben können, für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen gilt dies jedoch nicht.
6. Der Landtag begrüßt, dass den Kommunen die tatsächlichen Kosten für das Bildungspaket verlässlich, bedarfsgerecht und letztendlich durch Druck aus SPD-geführten Bundesländern und aus Bayern auch zeitnäher erstattet werden.
7. Der Landtag begrüßt weiterhin, dass für knapp 1 Mio. Leiharbeiterinnen und -arbeiter und die insgesamt etwa 200.000 Beschäftigten in der Weiterbildungsbranche und im Sicherheitsgewerbe ein Mindestlohn festgesetzt wurde. Damit wurde in letzter Minute die Blockade der FDP gebrochen und verhindert, dass mit Einsetzen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Mai 2011 Lohndumping auf breiter Front eintritt.

8. Der Landtag bedauert, dass CDU und FDP auf Bundesebene nicht bereit waren, den Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit zu verwirklichen. Er fordert die Landesregierung auf, durch eine Bundesratsinitiative hier schnellstmöglich für einen Korrektur zu sorgen.
9. Der Landtag bezweifelt, ob die erzielten Verbesserungen in der Grundsicherung den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechen. Die veränderten Berechnungsmethoden, von denen die Bundesregierung nicht abrücken wollte, lassen befürchten, dass eine erneute Befassung des Bundesverfassungsgerichts wahrscheinlich wird. Die Konsequenzen haben allein die im Bund verantwortlichen Parteien CDU und FDP zu tragen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 1. März 2011

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**

**Dr. Spies**  
**Decker**  
**Merz**  
**Müller (Schwalmstadt)**  
**Roth (SPD)**